

# Medienmitteilung

10.05.2023

## JA zur OECD-Mindeststeuer!

Der Vorstand des Arbeitgeberverbands Region Basel hat die Parolen für die Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023 gefasst. Er sagt klar JA zur OECD-Mindeststeuer; ausserdem empfiehlt er das Klimaschutzgesetz zur Annahme.

Die OECD-Steuerreform ist unumgänglich. Mit dieser Reform werden grosse, international tätige Unternehmen neu zu mindestens 15 Prozent besteuert. Setzt die Schweiz die Steuerreform nicht um, können andere Länder die in der Schweiz ansässigen Unternehmen nachbesteuern. Steuern gingen fahrlässig verloren und für die betroffenen Unternehmen in der Schweiz würde eine grosse Rechtsunsicherheit herrschen. Gerade in der Region Basel haben einige der Unternehmen ihren Standort. Dank der Reform bleiben die Steuereinnahmen hier und die Unternehmen werden im Gegenzug vor Zusatzbesteuerung im Ausland geschützt. Damit kann die Schweiz weiterhin ein attraktiver Standort auch für international tätige Unternehmen bleiben. Die Aufteilung der zu erwartenden Mehreinnahmen auf Kantone und den Bund erlaubt es zudem den Kantonen, effizient und nachhaltig in ihre Standortattraktivität zu investieren und damit die Standortbedingungen für Unternehmen und folglich auch Fach- und Arbeitskräfte zu verbessern. Davon profitiert wiederum die ganze Schweiz.

Eine breite Koalition von nationalen und regionalen Wirtschaftsverbänden begrüsst die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer. Auch für den Vorstand des Arbeitgeberverbands Region Basel ist klar: Ein JA zu dieser Reform ist für unseren Wirtschaftsstandort von grösster Bedeutung. Die Steuerreform sollte deshalb rasch umgesetzt werden, um für die betroffenen Unternehmen entsprechende Rechtssicherheit und Planbarkeit zu schaffen.

JA sagt der Arbeitgeberverband Region Basel auch zum neuen Klimaschutzgesetz. Dieses erachtet der Verband als Kompromiss und pragmatischen Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Das Klimaschutzgesetz ist politisch breit abgestützt; National- und Ständerat haben es mit grosser Mehrheit beschlossen. Der eingeschlagene Weg zum Klimaschutz wird mit langfristigen Zielen, Investitionen und Innovationsförderung gestärkt. Ohne neue Verbote oder höhere Steuern wird die Schweiz schrittweise klima-

neutral. Das Gesetz reduziert die Abhängigkeit von Öl- und Gas-Importen aus dem Ausland. Zudem werden Innovationen zum Klimaschutz finanziell gefördert und Unternehmen auf dem Weg zur Emissionsreduktion unterstützt.

Zur Verlängerung des Covid-19-Gesetzes hat der Arbeitgeberverband Region Basel keine Parole beschlossen.

Weitere Informationen:

Saskia Schenker, Direktorin Arbeitgeberverband Region Basel, 079 212 78 65

Frank Linhart, Leiter Öffentlichkeitsarbeit Arbeitgeberverband Region Basel, 061 205 96 06

## Übersicht Parolen Arbeitgeberverband Region Basel

### Abstimmungen vom 18. Juni 2023

---

Bund:

Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen): JA
---

Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG): JA
---

Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz): <i>keine Parole</i>
--

Kanton BS:

<i>keine Vorlagen</i>
-----------------------

Kanton BL:

<i>keine Vorlagen</i>
-----------------------

*Der Arbeitgeberverband Region Basel vertritt die Interessen der Arbeitgeber im Wirtschaftsraum Nordwestschweiz. Mit über 2'500 Firmenmitgliedern und rund 20 Verbänden als Kollektivmitglieder ist er einer der grössten regionalen Arbeitgeber-Dachverbände der Schweiz.*